

Das Abonnement
auf dies mit Auflnahme der
Sonntags täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
(1½ Sgr. für die fünfgespaltenen Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnismäßig höher sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 19. April. Se. Majestät der König haben am 15. d. Nachmittags um 3 Uhr den Großherzoglich hessischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Grafen von Schles genannt von Goerz und den Großherzoglich hessischen Minister-Residenten Legations-Rath von Biegeleben in einer besonderen Audienz zu empfangen und aus den Händen des Erstern ein Anerkennungsschreiben, aus den Händen des Letzteren aber ein Schreiben Sr. Königlichen Hoheit des Großherzogs von Hessen und bei Rhein entgegenzunehmen geruhet, wodurch derselbe in der Eigenschaft eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers am hiesigen Allerhöchsten Hofe beglaubigt wird.

Se. Majestät der König haben Allernädigst geruht: Allerhöchstihrem General-Adjutanten, dem General-Lieutenant v. von Willisen, die Erlaubniß zur Auselegung des von des Herzogs von Anhalt-Dessau Hoheit ihm verliehenen Großkreuzes des Herzoglich Anhaltischen Gesamthauses-Ordens Albrechts des Bären und dem Adjutanten des Kriegsministers, Rittmeister Hartrott, à la suite des 1. Garde-Ulanen-Regiments, zur Auselegung des von des Kaisers von Russland Majestät ihm verliehenen St. Annen-Ordens dritter Klasse zu ertheilen.

Der Kaufmann J. E. G. Sternberg in Memel ist an Stelle des verstorbenen Kaufmanns Albers zum Königlich belgischen Konsul derselbst ernannt und in dieser Eigenschaft diesseits anerkannt worden.

Telegramme der Posener Zeitung.

Dresden, Donnerstag 18. April. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer ist in der Amnestiefrage einstimmig beschlossen worden, protokollarisch den Wunsch auszusprechen, daß diejenigen nachtheiligen gesetzlichen Folgen, welche verübt politische Verbrechen nach sich gezogen, bald und soweit thunlich Beseitigung finden möchten.

London, Donnerstag 18. April. Bei dem heute stattgehabten Lordmaborbankett sagte Palmerston, England habe die Mission, seinen Einfluß zur Erhaltung des Friedens anzuwenden. Die schwierigen Fragen auf dem Kontinente können ehrenvoll ausgereglichen werden. Er vertraue, daß das ruhmvolle Werk, die Einigung Italiens, ohne Hinderniß werde vollendet werden, und hoffe noch immer, daß im Jahre 1861 der Friede erhalten werde.

Nach hier eingegangenen Berichten aus Washington bis zum 6. d. gewannen die Kriegsgerüchte derselbst an Boden. Die Truppen der Südstaaten hatten Fort Pickens bereits angegriffen. Man hatte Oberst Anderson aufgefordert, Fort Sumter binnen 48 Stunden zu räumen, und andernfalls mit einem Bombardement gedroht. Eine Fregatte und mehrere andere Schiffe der Union sind vollständig ausgerüstet nach dem Süden abgegangen.

Paris, Donnerstag 18. April. Aus Konstantinopol wird vom gestrigen Tage telegraphirt, der serbische Bevollmächtigte Garaschanin sei derselbst eingetroffen und habe an die Pforte das Verlangen gestellt, daß die Muselmänner Serbien verlassen sollen.

(Eingeg. 19. April 8 Uhr Vormittags.)

Turin, Donnerstag 18. April Nachts. Heute stand in der Deputirtenkammer die Debatte über das Projekt Garibaldi's statt. Bei der selben griff Garibaldi das Ministerium sehr heftig an, worüber sich ein starker tumult erhebt. Cavour protestiert gegen die Angriffe. Der Präsident bedeckt sich und die Sitzung wird unterbrochen. — Bei Wiederaufnahme der Debatte spricht sich Garibaldi mit mehr Mäßigung aus; er findet die Bildung des neuen Armeekorps mit nur drei Divisionen unvollständig. Cavour erklärt sich für Beurachtung des Projektes Garibaldi's. Letzterer will eine Bewaffnung wie in England, behauptet, die französische Okkupationsarmee in Rom sei eine feindliche und bezeichnet, als Mittel zur Versöhnung mit dem Ministerium, die Wiederherstellung des aufgelösten Freiwilligenheeres und seine Sendung nach Neapel.

(Eingeg. 19. April 10 Uhr 5 Min. Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. [Berlin, 18. April. [Vom Hause; Tagesrichtungen.] Heute Vormittag arbeitete der König mit dem Kriegsminister von Roos und den General-Adjutanten v. Mansfeld und v. Alvensleben und fuhr alsdann nach dem Exerzierplatz Moabit, wo er das Füsilierbataillon des 2. Garde-Regiments zu Fuß besichtigte. Dieser Vorstellung wohnten auch der Kronprinz, die Prinzen Karl, Friedrich Karl, Albrecht, Prinz August von Württemberg, der General Feldmarschall v. Wrangel und die Generalität bei. Zur Stadt zurückgekehrt, konferierte der König mit dem Fürsten von Hohenlohe und mit den Ministern v. Auerstädt und Graf Schwerin und empfing alsdann den Besuch der Prinzessin Therese von Sachsen-Altenburg, welche am Morgen von Düsseldorf, wo sie leither bei der Fürstin von Hohenlohe zum Besuch verweilte, hier eingetroffen ist und auch bei ihrer Ankunft auf dem Bahnhofe von dem Fürsten von Hohenlohe empfangen wurde. Die Prinzessin Therese ist die Schwester Tochter des Fürsten; die Prinzessin Amalie von Hohenlohe, geb. 30. April 1815, vermählte sich am 25. Juli 1835 mit dem Herzog Eduard von Sachsen-Altenburg, starb aber schon am 14. Jan. 1841. — Die Königin will, wie ich höre, Anfangs Juni zur Kur nach Baden-Baden gehen und dort während der Dauer ihres Aufenthaltes, wie gewöhnlich, in Mesmers Hotel Wohnung nehmen. Um diese Zeit wollen auch die badischen Herrschaften in dem Kurorte sein. — Die Kaiserin von Russland begiebt sich, wie aus Petersburg gemeldet wird, zu Krassow.

tigung ihrer Gesundheit nach der Krimm und wird dort die Sommermonate zubringen. Die Großfürstin Helene von Russland kommt auf ihrer Reise nach Stuttgart ic. auf einige Tage an unseren Hof zum Besuch. — Der Prinz Wilhelm von Baden soll sich während seiner mehrmonatlichen Anwesenheit in Petersburg mit einer Prinzessin von Leuchtenburg verlobt haben. Heute mache der Prinz der Königin Elisabeth und ihrer Schwester, der Königin Marie von Sachsen, seinen Besuch und verabschiedete sich zugleich, da er bereits heute Abend seine Rückreise nach Karlsruhe fortsetzen will. Am Sonnabend Vormittag will die Königin-Wittwe von Sachsen nach Berlin kommen und mehreren Herrschäften ihre Visite machen. — Der General-Feldmarschall v. Wrangel gibt am Sonntag ein solenes Diner, zu dem er die Minister, die Generalität und andere hochgestellte Personen geladen hat. — Der Major v. Schävenbach im 1. Garde-Dragoner-Regiment hat das pommersche Kürassier-Regiment (Königin) erhalten, dessen Kommandeur, Major v. Klüppow, unlängst verstorben ist. Am Dienstag war der neue Kommandeur beim Könige zur Tafel. — Der Minister v. Schleinitz hatte heute eine längere Konferenz mit dem Gesandten Brasiliens, Chev. d'Araujo. Wie ich höre, kommt dem Gesandten der Harlort'sche Antrag, welcher die brasilianischen Zustände bloßlegt, höchst ungelegen und sucht derselbe deshalb Alles hervor, um denselben abzuschwächen. Dem Antragsteller steht aber ein umfangreiches Material zur Verfügung, das ihm vom Herrn v. Meusebach und dem ehemaligen Generalconsul Sturz geliefert worden ist. Man ist auf diese Verhandlung im Abgeordnetenhaus sehr gespannt. — Morgen wird der König das Garde-Füsilierregiment auf dem Exerzierplatz bei Moabit besichtigen. — Heute gingen 2 neue Güterzugsmaschinen aus der Borsig'schen Fabrik nach dem Rhein ab; dieselben trugen die Namen Berlin und Dresden. — Von der bevorstehenden Huldigung wird hier zwar sehr viel gesprochen, doch kennt man den Termin noch immer nicht, da die betreffenden Verhandlungen noch nicht zu einem Resultat geführt haben. Für Berlin dürfte sich der ganze Alt auf eine feierliche Einholung befreuen. — In Wiesbaden sollen sich bereits Kurgäste, namentlich Russen, einstellen. Unter den bekannten Persönlichkeiten befinden sich schon dort der kommandirende General v. Bonin und die Gräfin v. Arnim-Bovzenburg ic.

[Die Armee-rcrm.] Dem „F. J.“ geht von hier folgende beachtenswerte Darlegung zu: Die Militärkommission des Abgeordnetenhauses hat bereits aus ökonomischen Rücksichten einige nicht unerhebliche Änderungen der Regierungsvorlagen vorgeschlagen, die dem Kriegsminister große Verlegenheit bereiten werden. Man ist überhaupt auf das schließlich Resultat der Kommission um so mehr gespannt, als sie es in der Armee-Organisation mit einer Arbeit zu thun hat, von deren Lösung die fernere wichtige Freundschaft oder Feindschaft zwischen Abgeordnetenhaus und Regierung abhängen dürfte. Nach unserer Ansicht ist der einzige Boden, auf welchem die vorhandene Gegenläufe sich lösen lassen, der der großen Politik. Erblickt das Abgeordnetenhaus in dem ganzen System der Regierung die Bürgschaft aufrichtiger, entschlossener und konsequenter Freiheitlichkeit, so wird es seine Besorgnisse vor dem für illiberal gehaltenen Geist der neuen Armee-Einrichtung schwinden lassen; selbst die finanziellen Bedenken werden zurücktreten, sobald nur die Überzeugung Platz greift, daß das Heer nicht um des Heeres, sondern um des Vaterlandes willen verstärkt wird. Die beabsichtigte Umgestaltung des preußischen Heeres muß die militärische Vorbereitung zur Befreiung der preußischen Politik von ihrem passiven und defensiven Charakter sein. Fassen Regierung und Abgeordnetenhaus den Reformplan in diesem Sinne auf; betrachten sie ihn als eine Maßregel auswärtiger Politik, die der Einigung, Führung und Rettung Deutschlands zu Gute kommen soll, dann werden beide Faktoren ins Reine kommen, aber auch nur so.

[Kath. Seelsorge für die Berliner Garnison.] Wie wir hören, sagt die „Sp. Z.“, ist der hiesige katholische Militärgeschäftliche bei der 2. Gardedivision, Kraus, zum kath. Garnisongeistlichen für Berlin ernannt und der kath. Militärgeschäftliche der 8. Division, Koch, in gleicher Eigenschaft zur 2. Gardedivision hier selbst versetzt worden. Zugleich ist der Garnisongeistliche Kraus mit der seelsorglichen Tätigkeit bei sämtlichen hier befindlichen, nur der polnischen Sprache mächtigen katholischen Mannschaften betraut worden.

[Eine Broschüre über die Provinz Posen.] In Berlin (bei J. Springer) ist eine Flugschrift erschienen: „Die polnischen Forderungen in Betreff der Provinz Posen gegenüber dem Recht, den Verträgen und den Thatsachen“ (s. Nr. 88), die insofern höhere Beachtung verdient, weil die in ihr entwickelten Anschauungen mit der an den maßgebenden Stellen herrschenden Auffassung übereinstimmen dürfen. Die folgende Stelle möchte die Quintessenz der Schrift sein: „Die Behauptung, die Ruhe Europa's ertheile die Gewährung der in Betreff Posen von der polnischen Propaganda erhobenen Forderungen, verdient kaum eine ernsthafte Erörterung. Die Erfüllung dieser Forderungen würde im Gegentheil das Großherzogthum Posen zu dem Schauplatz eines erbitterten Räacenkampfes zwischen Polen und Deutschen, sie würde es außerdem zum Herd revolutionärer, die Aufwiegelung des russischen Polens bezweckender Wühlerien machen. Nicht zwei Monate würde eine polnisch-nationale Organisation des Großherzogthums im Sinne der polnischen Propaganda mit der öffentlichen Ordnung in jenem Gebiete und mit dem internationalen Frieden sich vertragen. Das wissen Diejenigen am Besten, welche jene Forderungen erheben und zur Unterstützung derselben die Intervention auswärtiger Mächte, namentlich Frankreichs, anrufen. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß eine fremde Macht sich dazu

verstehen würde, auf so wichtige, auch nicht auf den Schatten eines Rechts begründete Vorwände der Regierung Preußens Zumuthungen zu machen, die nur als unerträgliche Unmäßigung und beleidigende Herausforderung betrachtet und als solche behandelt werden könnten. Wenn es eine Frage giebt, in welcher in Preußen alle Parteien einig sind, so ist es die von der polnischen Propaganda in Betreff Posen aufgeworfene. Sie ist nicht bloß eine Frage der Macht und Sicherheit für den preußischen Staat, sondern vor Allem eine Frage der Pflicht, welche der Regierung und dem Volke Preußens gegen die deutschen Bewohner Posen obliegt.“

— [Berurtheilung.] Der verantwortliche Redakteur der „Volks-Ztg.“, Hermann Holdheim, ist der Majestätsbeleidigung und der Schmähung von Staatsbeamtungen für schuldig erklärt und zu 2 Monaten Gefängnis und 20 Thlrn. Geldbuße oder noch 7 Tagen Gefängnis verurtheilt worden.

Danzig, 17. April. [Nationalverein.] In Folge des Beschlusses der letzten Versammlung der hiesigen Mitglieder des deutschen Nationalvereins werden die Vorbereitungen zu der Ende Juli hier zu veranstaltenden größeren Versammlung der Nationalvereinsmitglieder aus den Provinzen Pommern, Posen und Preußen bereits getroffen. Aus mehreren Städten sind Zustimmungs erkläungen bereits eingetroffen und soll nach anderen, vornämlich nach Königsberg, noch eine besondere Aufforderung gerichtet werden. In Bezug auf die zu verhandelnden Gegenstände ist bis jetzt festgestellt, daß jedenfalls die Fragen in Betreff der Centralgewalt und des Parlaments, in Betreff der Marine, in Betreff des Verhaltens der Deutschen zur polnischen Frage ic. zur Erörterung kommen werden.

— [Schiffsbauten.] Die Arbeiten zum Bau der beiden neuen Schrauben-Korvetten „Hertha“ und „Wineta“ haben auf der hiesigen Werft, nachdem solche einige Zeit fast gänzlich still gelegen, wieder begonnen und die Helling II, zum Bau der „Hertha“ bestimmt, trocken gelegt, so daß gegenwärtig mit dem Legen der Stapelloße und dem weiteren Zurichten der Bauholzer, als Kielstücke ic. vorgegangen wird. Der Bau der „Wineta“ wird wohl noch eine Verzögerung erleiden, da die Helling I zuvor noch eine Bedachung wie ihre Nachbarin erhält und außerdem eine bedeutende Reparatur erforderlich ist; es ist für diese eine Dampfpumpe aus der Fabrik von Schwarzloß in Berlin mit fast dreimal größerer Kraft als die vorhandene, welche jetzt nur für Helling II. arbeitet, aufgestellt, welche in den nächsten Tagen ihre Arbeit beginnen soll. Außerdem soll in Kürze noch der Bau von mehreren Dampf-Kanonenbooten, größer als die vorhandenen, angefangen werden. (D. 3.)

Gießenburg, 17. April. [Für die Flotte.] Der Aufruf der Magdeburger Patrioten zur Selbstbesteuerung für die preußische Flotte hat hier seine Wirkung nicht verfehlt. Mehrere Bürger und Kommunalbeamte sind zu einem Vereine zusammengetreten, um in diesem Sinne zu wirken, und haben das Vergnügen, zu sehen, daß in die von ihnen auf dem Rathskeller angebrachte Büste mit der Aufschrift: „Für Preußens Flotte“ recht hübsche Beiträge fließen. Es werden nun auch in mehreren anderen Lokalen zu dem Zwecke Büsten aufgestellt werden. Der hiesige Verein betrachtet sich als Filialverein des Magdeburgischen und legt von Monat zu Monat die aufgesammelten Beiträge zinsbar an. Möge dieses Beispiel von echtem Patriotismus in unserem großen Vaterlande recht viel Nachahmung finden, es wird sich dann bald herausstellen, daß das angestrebte Ziel keineswegs unerreichbar ist. (M. 3.)

Honnef, 16. April. [Ausichten für die Wein- und Obstsorte.] Es stellt sich jetzt immer mehr heraus, wie nachtheilig der verflossene Winter auf den Weinstock eingewirkt hat. Wie von einem Augenzeuge mitgetheilt wird, mußten an der Ahr viele Stöcke bis nahe zur Wurzel abgeschnitten werden. In unserer Flur steht das Steinobst in der vollsten Blüthenpracht; besonders zeichnen sich die Pfauenblumen durch ihr üppiges Blühen aus, obwohl dieselben im vergangenen Herbst so überreich getragen haben. Steinobst wird es dagegen voraussichtlich nur wenig geben.

Mauen, 15. April. [Erwahlung.] Bei der am 12. d. stattgehabten Wahl wurde an Stelle des Medizinalrathes Wegeler, der sein Mandat als Abgeordneter niedergelegt hatte, der Apotheker Nettsträter aus Kochen für die Kreise Mayen und Kochen mit 123 gegen 75 Stimmen, welche letztere der Staatsprokurator Isen in Trier erhielt, gewählt. Der Gewählte war vom Abgeordneten Delius, sein Gegner von geistlicher Seite vorgeschlagen. (K. 3.)

Thorn, 17. April. [Die jüngsten Ereignisse in Polen.] schreibt das „Th. Wochenbl.“, haben unsern Ort nicht unberührt gelassen. Bei den manichäischen Verkehrsbeziehungen, in welchen unser Platz zu Warschau und dem übrigen Polen steht, ist das sehr natürlich. Aber auch aus anderem Grunde folgte man hier den dortigen Ereignissen mit Theilnahme. Nicht unbekannt ist diesseits die Depravation der jenseitigen Beamten, die für Amtshandlungen, welche sie auszuführen verpflichtet sind, nicht bloß Geld und andere Geschenke annehmen, sondern ohne Scheu und Strafe geradezu expressen. Noch andere Uebelstände lasten auf unseren Nachbarn, deren Beseitigung aus sittlichen, wie materiellen Gründen auch hier dringend gewünscht wird. Durch die Konzessionen, welche der Kaiser in seiner Liberalität gewährt hat, war eine gerechtsame Hoffnung gegeben, daß das schlechte Beamtenregiment in Polen aufhören werde. Man hätte daher die verhafteten und schlechten Beamten in legaler Weise, nicht durch tumult und Kauenmärsche beseitigen sollen. Noch ist diese Hoffnung nicht aufzugeben, aber immerhin sind die Vorfälle in Warschau am 8. d. bedauernswert, an welchem den sogenannten „moralischen Demonstrationen“ und „der Manifestation des polnischen Geistes“ notwendig ein so blutiges Ende gemacht werden mußte. Wie uns glaubwürdige

Augenzeuge jener Ereignisse versicherten, war der Einfluß der politisch einstiftigen und besonnenen Partei, der Zamyski's, der Wielopolski's u. s. w., in jenen Tagen gebrochen, ihre Mahnungen und Bitten zur Ruhe blieben unbesolt, und Schüler und grüne Jungen, welche mit dem alten polnischen Nationalkostüm auf den Straßen paradierten, und andere unberufene Subjekte setzten die Massen in Aufregung. Da ist die tragische Wendung erklärt. Von glaubwürdigen Augenzeugen vernahmen wir auch, daß das russische Militär trotz aller Verhöhnung und aller Inaktivität sich ruhig benahm und namentlich die Offiziere sich höchst human und zuvorkommend bezeichneten. Den Patronen rief man z. B. zu: Zieht Ihr schon ab? Viel Glück zur Reise nach Sibirien. Freilich am 8. d. mache sich die Erbitterung des Militärs Lust. Wahrelich, von Herzen wünschen wir unseren Nachbarn jenseits der Grenze um ihrer, wie um unserer Willen eine radikale Reform ihres Regiments und der Beamten, allein jenen tumultuarischen Skandalen, welche vielen Unschuldigen Leben und Gesundheit unnütz gekostet haben, Theilnahme zu schenken, wäre Wahnsinn.

Destreich. Wien, 17. April. [Die Lage in Ungarn.] Nach den vorliegenden Berichten aus Pesth ist dort die letzte Hoffnung eines Ausgleiches zwischen dem Landtage und dem Ministerium auf Grundlage der Februarverfassung geschwunden, und hat selbst die gemäßigte Partei der Personalunion jenen Einfluß, welchen sie durch ihre geachteten Führer Deak und Götvölgyi bisher auszuüben gewußt hat, in den letzten Tagen beinahe völlig verloren. An ihrer Stelle ist jetzt die Fraktion Teleki, welche, wenn nur einige Chancen eines günstigen Erfolges sich zeigen, selbst vor einer gewaltigen Trennung nicht zurücktreten würde, beinahe allmächtig geworden. Vorgestern Abend war bereits Franz Deak, der vor vierzehn Tagen noch der „Erste der Ungarn“ genannt wurde, von einer Kazenmusik bedroht und es hätte wenig gefehlt, so wäre am Sonnabend das Jahresfest der Unabhängigkeitserklärung und Thronentsetzung des Hauses Habsburg in Pesth-Osten feierlich begangen worden. Die nationalen trifolaren Kardänen verschwinden allmälig in Pesth, und die Jugend fängt an, an ihrer Stelle rothe Abzeichen zu tragen. Nächelhafte Gestalten tauchen auf und werden wieder unsichtbar, nachdem sie der Idee einer Solidarität der magyarischen, südslawischen und polnischen Interessen in irgend welcher ostensiblen Weise Vorshub geleistet. Der Gedanke eines offenen Kampfes scheint immer mehr Anhänger zu finden und von außen mit großem Geschick und nicht geringem Aufwand von materiellen Mitteln genährt zu werden. Unter dem Einfluß derartiger Ideen haben die Konferenzsitungen der Abgeordneten in Pesth den Entschluß gereist, eine sehr energische Resolution gegen das Ministerium zu erlassen; da man aber in Erfahrung brachte, die Regierung werde nach einem solchen Schritte den nicht einmal förmlich konstituierten Landtag alsgleich wieder auflösen, so gewann die Proposition der Gemäßigten, statt der Resolution eine Adresse an den König abzufinden, in welcher die in der Resolution niedergelegenden Gravamina angedeutet werden sollen, wieder einige Aussicht auf Erfolg. Eine Adresse würde formell nicht jenen revolutionären Charakter wie eine Resolution haben, ihrer praktischen Bedeutung nach aber dürfte sie ebenfalls dazu dienen, die Unschönlichkeit der Ansichten der magyarischen Deputirten mit der Gesamtstaatsverfassung zu konstatiren. Die entscheidende Krisis würde nur durch die Adresse um einige Tage verzögert. (Br. 3.)

Konflikte des Gemeinderathes. Der neue Wiener Gemeinderath tritt unter ungünstlichen Aufzügen ins Leben. Zunächst ist er immer noch nicht vollständig konstituiert. Es sind noch zwölf Nachwahlen im Rückstande; es hat noch keine Wahl des Bürgermeisters, des Vizepräsidenten und der Schriftführer stattgefunden; die Sektionen, in welchen die Geschäftsbangelegenheiten vorberathen werden, sind noch nicht gebildet; kurz, das neue Rathskollegium befindet sich in einem so unfertigen Zustande, daß es noch nicht im Stande ist, die Verwaltung der Stadtangelegenheiten in die Hand zu nehmen. Da nun aber der alte Gemeinderath bereits abgetreten ist, so hat Wien gegenwärtig gar keine städtische Verwaltung; es ist verwaist und vermischt seine bisherigen Stadtväter sehr wenig. Der neue Gemeinderath hat bisher nur eine Sitzung gehalten und in dieser gleich das Unglück gehabt, mit der Stathalterei und mit sich selbst in Widerspruch zu gerathen. Der alte Gemeinderath hatte es sich nämlich herausgenommen, vor seinem Rücktritte noch die neuen Gemeinderathswahlen zu prüfen und dabei zwei Wahlen für ungültig erklärt. Der neue Gemeinderath behauptet, daß jede Versammlung die Gültigkeit der Wahlen, aus denen sie hervorgegangen ist, selbst zu prüfen pflegt, und nimmt dieses Recht auch für sich in Anspruch. Er hat daher beschlossen, die Wahlprüfungen des alten Gemeinderaths gänzlich zu ignorieren, die von seinem Vorgänger angeordneten Nachwahlen einstweilen zu sistiren und die Wahlprüfungen selbst vorzunehmen. Gleichwohl hat dieses junge Kollegium in schwer begreiflicher Inkonsistenz beschlossen, daß zwei neue Mitglieder, deren Wahlen der alte Gemeinderath bei der Prüfung beanstandet hatte, einstweilen von den Sitzungen ausgeschlossen bleiben sollten. In diesem Punkte also wird die bisherige Prüfung nicht ignoriert, obgleich doch offenbar bis zur definitiven Prüfung die beiden Ausgeschlossenen mit jedem der Anderen gleichberechtigt sind. Nun aber hat die Stathalterei einen Strich durch die ganze Frage gemacht, indem sie dem ersten Beschuß des neuen Gemeinderaths auf nochmalige Wahlprüfung die Bestätigung verliegt hat. Dem Vernehmen nach will der Gemeinderath hiergegen das einzige ihm offenstehende Rechtsmittel, den Rekurs an das Staatsministerium ergreifen und damit nicht nur an den Tag legen, daß er entschlossen sei, einen von ihm einmal gefassten Beschuß mit allen Rechtsmitteln durchzuführen, sondern auch die Prinzipienfrage zur Entscheidung bringen, wem in zweifelhaften Fällen das Recht zusteht, das Gemeindestatut vollgültig auszulegen. Wenn es sich um den legalen Boden handelt, so ist es wohl kaum zweifelhaft, daß der alte Gemeinderath, der acht Jahre lang ungefährlich bestanden hat, (da das Gemeindegesetz anordnet, daß alle drei Jahre die Neuwahl eines Dritttheils des Gemeinderaths stattfinden soll), zur Wahlprüfung nicht mehr berechtigt war. Man ist auf die ministerielle Entscheidung dieses ersten Konfliktes sehr gespannt. (Sp. 3.)

Rüstungen; der ungarische Landtag. Die Rüstungen werden hier mit grohem Eifer fortgesetzt. Es finden starke Pferdeanläufe statt, da die Ausrüstung einer Anzahl neuer Batterien angeordnet worden ist, welche theils nach Italien, theils nach Kroatien bestimmt sind; eben so bestätigt es sich, daß Feldzeugmeister v. Benedek Verstärkungen verlangt hat, welche eben jetzt auf

dem Marsche nach Italien sind. Das von dem Feldmarschall-Lieutenant v. Philippovich kommandierte Observationskorps an der serbischen Grenze ist ebenfalls verstärkt worden, da der Aufstand in den slawischen Provinzen der Türkei, welcher dem „Journal de Constantinople“ zufolge bereits unterdrückt sein soll, größere Dimensionen anzunehmen scheint. — Das Unterhaus des ungarischen Landtages hat zwar in seine Konstituierung gewilligt, soll aber entschlossen sein, die Fortsetzung seiner Berathungen in aller Form bis dahin zu vertagen, daß auch die Abgeordneten der Nebenländer in Pesth erschienen sein werden; daß aber diese letzteren geneigt sind, ihre Abgeordneten nach Pesth zu senden, steht nicht mehr zu bezweifeln. Bereits hat sich der serbische Nationalkongreß in diesem Sinne ausgesprochen, und auch aus Kroatien meldet man, daß sich dort ein Umschwung zu Gunsten Ungarns vorbereite, so daß sich der kroatische Landtag ebenfalls mit überwiegender Majorität für die Wiedervereinigung mit Ungarn aussprechen wird. (K. 3.)

[Kommission zur Prüfung der Chegeseggebung.] Der Staatsminister von Schmerling hat eine aus drei Personen bestehende Kommission niedergesetzt, die sich mit der Untersuchung der Frage beschäftigen soll, ob und auf welche Weise eine Regelung der Chegeseggebung in einem dem Geiste des Patentes vom 8. April entsprechenden Sinne ohne eine Aufhebung des Konkordates zu erzielen wäre. Ein Mitglied der Kommission ist Dr. Zimmermann, der bekannte Urheber des Septemberpatentes für die ungarischen Protestanten; ein anderes Prof. Fehlner, der seine Feder dem Dienste des Kardinals Rauscher gewidmet und u. A. seiner Zeit die berühmte Erläuterung, resp. Vertheidigung des Konkordates abgefaßt hat. Der dritte Name ist noch nicht ins Publikum gedrungen.

[Die Landtagswahlen in Venetien.] Der „Opinione“ wird berichtet, daß in Folge des Nichterscheinens einer genügenden Anzahl von Gemeinderathsmitgliedern in Venedig, Verona und Vicenza die zur Deputiertenwahl anberaumte Sitzung dieser Körperschaft nicht zu Stande kam. In Padua blieben sogar die Gemeinderäthe sammt und sonders aus. Die Mitglieder des Gemeinderathes in Udine dagegen waren zwar in genügender Anzahl erschienen, ihre Stimmen fielen aber auf drei Männer, welche gegenwärtig in Olmuz auf der Festung eingesperrt sind. Die „Opinione“ veröffentlicht auch die amtlichen Aktenstücke, worin gegen die Einmischung der österreichischen Regierung in die venetianischen Deputiertenwahlen Einspruch erhoben wird.

Prag, 16. April. [Demonstrationen.] Man schreibt der „Destri. Ztg.“ von hier: Die Ovation, welche vorgestern von der Bevölkerung der Deputation bei ihrer Ankunft bereitet wurde, hat wohl einen tumultuarischen (es dürften 20,000 Menschen auf den Beinen gewesen sein), aber keinen exzessiven Charakter. Die jungen Leute werden wohl endlich des Singens müde, und der nächtlichen Besuche der Wenzelsstatue, sowie der Beseda überdrüssig werden. Von dem Balkon der letztern aus, vor welchem das Slavareufen nicht enden wollte, forderte der Bürgermeister die Menge zum Nachhausegehen auf, während sich in der Straße besonders die Studenten bemühten, das Volk zur Ordnung und Ruhe zu ermahnen. Der Wagen, in welchem sich Rieger und Paletti befanden, wurde von der nachströmenden Menge förmlich umlagert und konnte sich nur mit Mühe durch die stürmisch Slavafrende Masse fortbewegen. In der Bahnhofshalle und in den dem Bahnhof nächst gelegenen Straßen hielten Polizeigarden die Passage frei. Gestern ist eine Kundmachung der Polizeidirektion an den Straßenecken angeheftet, in welcher die Meister und Vorsteher der Gewerkschaften neuerdings ermahnt und verantwortlich dafür gemacht werden, ihre Lehrjungen und Untergebenen von der Teilnahme an Straßendemonstrationen und tumultuarischen Auftreten streng zurückzuhalten; auch zeigt der Polizeidirektor zugleich an, daß in Zukunft jedem derartigen Unfuge von Seite der Polizei mit aller Strenge entgegengetreten werden soll.

Pesth, 15. April. [Der Tagesbefehl des Feldmarschalls Benedek.] Seit gestern ist die hohe Aristokratie in die größte Aufregung versetzt ob des Tagesbefehles des Feldmarschall Benedek an die Armee. Man kennt zwar hier die Originalität dieses Generals und ist nicht geneigt, dessen Ausfälle ernst zu nehmen. In dem gegenwärtigen Augenblick indessen glaubt man dennoch, den Tagesbefehl nicht ignorieren zu dürfen. Es versteht sich, daß es namentlich der Ausdruck „feige Magnaten“ ist, der den Sturm hervorgerufen hat. Man wird in einem offenen Briefe den General ersuchen, die feigen Magnaten zu nennen. Auch stehen bei der Armee in Italien mehrere Offiziere, welche selbst Magnaten sind und man erwartet hier, daß dieselben sofort ihre Entlassung geben werden. Wie dieser Zwischenfall die kleine Versöhnungsparie völlig niederschlägt, das ist unnötig auseinanderzusehen. (N. 3.)

Sachsen. Dresden, 17. April. [Ein revolutionäres Manifest.] Das „Dr. Z.“ macht sich heute das Vergnügen, seine Dresdner Leser zu erschrecken, indem es ein von einem unbekannten „Generaldirektorium“ unterzeichnetes Manifest an die deutsche Nation mittheilt, welches in potenziärer Heinrichscher Verrücktheit mit der Parole „Sieg oder Tod“ zur Bildung einer deutschen Revolutionsarmee und „demokratisch-republikanischen Konstitution des Vaterlandes“ auffordert. Das Manifest ist unendlich komisch, das Komischste aber ist, daß es die Uniformirung, darunter rothen Waffenrock, aber nicht die Bewaffnung vorschreibt und zur Pflicht macht.

Braunschweig, 17. April. [Vom Landtage.] In der gestrigen Sitzung der Abgeordnetenversammlung berichtete der Abg. Schulz Namens der betreffenden Kommission über die Petition von Dr. Baumgarten und Genossen in Schöningen, die schleswig-holsteinische Angelegenheit betreffend. Die Petition besagt: „Hohe Versammlung wolle bei Herzoglicher Landesregierung sich dafür verwenden, daß dieselbe ihren Einfluß und alle gezielten Mittel aufbiete, die althergebrachten Rechte Holsteins und Schleswigs, der dänischen Krone gegenüber, energisch zu wahren, und daß die Führung der derselben vom deutschen Bunde eingeleiteten diplomatischen Unterhandlungen der preußischen Regierung selbstständig, sowie auch bei etwa daraus entstehenden kriegerischen Verwicklungen der Oberbefehl über die deutschen Streitkräfte übertragen werde.“ Der Antrag der Kommission geht dahin:

„In Erwagung, daß 1) die Wahrung und Wiederherstellung der alten Rechte der Herzogthümer Holstein und Schleswig und ihrer Zusammengehörigkeit als eine Ehrensache der deutschen Nation, und die dänischen Anseindungen dieser Rechte als Gefährdungen der Integrität Deutschlands und seiner höch-

sten Interessen von deutschen Fürsten und Völkern einmuthig alle Zeit anerkannt und angesehen sind; 2) diesem Gebote der Ehre und Selbstbehaltung, welchem das deutsche Volk in allen Gauen mit gleicher Entschiedenheit und nöthigenfalls mit Einsetzung seiner ganzen Wehrkraft genügt wissen will, nicht erst noch ein besonderer Ausdruck gegeben zu werden braucht; 3) von den deutschen Regierungen erwartet werden darf, daß sie durch die beschlossene Bundesrevolution den dänischen Übergriffen und Vertragsbrüchen in wirksamster Weise ohne weiteren Aufschub entgegentreten und es, was uns betrifft, keiner Mahnung zu diesem Zweck an die Regierung eines Welfenfürsten bedürfen kann, der als der Erste unter den deutschen Fürsten für das gute Recht Deutschlands das Schwert ergriff, beschließt die Landesversammlung über die Petition wegen Schleswig-Holstein, d. d. Schöningen, den 18. Februar d. J., wenn auch mit deren Motiven vollkommen einverstanden, zur Tagesordnung überzugehen.“

Dieser Antrag wurde von der Versammlung ohne Debatte zum Beschuß erhoben. Weiter berichtet sodann der Abg. Schulz Namens der betreffenden Kommission über die Petition des Dr. Baumgarten und Genossen zu Schöningen, den „deutschen Nationalverein“ betreffend. Die Eingabe stellt an die Landesversammlung das Erwischen: „Bei hoher Landesregierung dahin zu wirken, daß dieselbe bei der hohen Bundesversammlung dafür stimme, daß letztere in Betreff des Antrages der Großherzoglich hessischen Regierung vom 5. Januar d. J. in Bezug auf den deutschen Nationalverein sich für inkompotent erklären möge.“ Die Kommission beantragt:

Die Landesversammlung, von der Erwagung geleitet, daß 1) nur aus bestimmter Verein den Voraussetzungen entspricht, von welchen die Zulassung und das Fortbestehen derselben abhängt, und daß der Bundesversammlung nicht die Befugnis zusieht, die Regierung und die Behörden eines Einzelstaates in ihrer Entscheidung über eine solche rein innere Angelegenheit zu binden oder zu beschränken; 2) kein Anlaß vorhanden ist, eine andere Ansicht über dieses Verhältnis der Bundesversammlung zu den Einzelstaaten bei der herzoglichen Landesregierung vorauszusehen, es dieser vielmehr unfehlbar sehr fern liegen wird, Präsidentenfälle zu Gunsten der Kompetenz der Bundesversammlung für Fragen der Gesetzgebung und Verwaltung des Einzelstaats zuzulassen, um sie einfach selbst zum Schaden der eigenen Selbständigkeit gelten lassen zu müssen; hier nach 3) es nur für unnötig erachtet werden kann, ein besonderes Erwischen an die herzogliche Landesregierung zu dem Zwecke gelangen zu lassen, damit dieselbe zu einer Unkompetenzklärung der Bundesversammlung in Bezug auf den Antrag der großherzoglich hessischen Regierung förderlich mitwirkt, beschließt, über die desfallsige Petition, d. d. Schöningen, 18. Februar d. J. zur Tagesordnung überzugehen.“

Auch diesem Antrage trat die Versammlung ohne Debatte bei.

Hessen. Mainz, 16. April. [Augenkrankheit.] Seit einiger Zeit hat sich bei einzelnen Truppenteilen der hiesigen preußischen Garnison die Augenkrankheit in so bedenklichem Maße gezeigt, daß die Festungskommandantur, weil jene Krankheit erfahrungsmäßig beim Mangel an hinlänglichem Raum für die Kranken leicht und in kurzer Zeit sowohl intensiv als extensiv zunimmt, um die Überlassung dreier Baracken zur Unterbringung der Mannschaften nachgesucht hat. Die Bundesmilitärikommission hat dem Kontingentskommando vorläufig eine solche Baracke hinter dem Fort Karl und auch diese nur „ganz ausnahmsweise“ zur Verfügung gestellt (zu gütig!), weil, wie die Motive erklären, im Allgemeinen an dem in allen Bundesfestungen geltenden Grundtag festgehalten werden muß, daß die lediglich für die Unterkunft der Kriegsbesatzung erbauten Baracken durch die Friedensbesatzung nicht benutzt werden dürfen. (1.)

Raßau. Rüdesheim, 16. April. [Politische Versammlung.] Die Versammlung nassauischer Männer, die auf vorgestern Nachmittag hierher nach Rüdesheim ausgeschrieben war, hat nach lebhafter Debatte mit Stimmeneinhelligkeit folgende Beschlüsse gefaßt:

I. In Bezug auf die verfassungsmäßige Regelung der Streitigkeiten zwischen Kirche und Staat beschließt die Versammlung: Es ist alsbald eine Petition an die Zweite Kammer zu richten 1) um baldige Feststellung des Verhältnisses der Kirche zum Staat auf dem verfassungsmäßigen Wege der Gesetzgebung in ähnlicher Weise, wie dies im Großherzogthum Baden geschehen ist; 2) um baldige Einführung der obligatorischen Zivilre. II. Bezuglich des dem Landtage vorgelegten Gesetzentwurfes über die Besoldung des Lehrers erklärt die Versammlung zur Schulfrage im Allgemeinen: Die Versammlung ist der Ansicht, daß die entstehenden Schulgebühren auf Grundlage völliger Emmanzipation der Schule von der Kirche zu erlassen sind und den Gemeinden die ihren Interessen und ihren Verpflichtungen entsprechend Mitwirkung bei Beziehung und Doctrin der Lehrerstellen gewahrt bleibe. III. In Bezug des Wahlgesetzes und des Zustandes der Presse: Die Versammlung erklärt sich mit der bekannten, den hohen Kammern überreichten Petition der Einwohner Wiesbadens, in welcher Wiederherstellung der Pressefreiheit und die Einführung der geheimen Abstimmung bei den Wahlen beantragt wird, aus innigster Überzeugung einverstanden.

Ad I. wurde auch sofort eine dem Beschuß entsprechende Petition angenommen und unterzeichnet, ad II. wurde eine Kommission gewählt, welche so schnell als möglich die weiteren Abschaffungen und Vorschläge zu machen habe, damit auch in diesem Betreff eine Angabe an den Landtag gemacht werde, wofür eine weitere Versammlung baldmöglichst erfolgen soll. Das Präsidium der Versammlung hatte der Abgeordnete König aus Rauenthal übernommen; besucht war dieselbe vorzugsweise aus dem katholischen Rheingau, aus Wiesbaden, Limburg, Schwalbach ic. (F. 3.)

Großbritannien und Irland.

London, 16. April. [Die Presse über Polen.] Die englische Presse stroht täglich von Albernheiten. Der „Morning Advertiser“ ist durch die Warschauer Ereignisse zu der Überzeugung gelangt, daß die Nationalitäten ihren Unterdrüfern den Krieg erklärt haben, und der Kampf, da er nun offen begonnen, mit dem Sturz des Despotismus in ganz Europa enden werde. Auch der ministerielle „Globe“ scheint von Polen bedient zu werden.

— [Bau russischer Schiffe in Nikolajeff.] Die „Army and Navy Gazette“ sagt: Durch den Pariser Vertrag von 1856 wurde bestimmt, daß Russland keine Kriegsschiffe künftig im Schwarzen Meere bauen soll. Dem Vernehmen nach haben jedoch unsere Agenten von Russland aus geschrieben, daß die russische Regierung in diesem Moment eine Anzahl Dampfschiffe in Nikolajeff bauen läßt. Da von unsrer Seite Erklärungen verlangt wurden, erfolgte die Antwort, daß die Fahrzeuge nur zum Transport verwendet werden würden. Eine ähnliche Antwort gaben bei ähnlichem Verlangen die Franzosen vor einiger Zeit, aber hinterdrein wurden die Transportschiffe in alter Stille in die französische Kriegsflotte eingereiht. Die Russen werden möglicherweise diesem Beispiel folgen.

Frankreich.

Paris, 16. April. [Die Broschüre des Herzogs von Aumale; Zustände in Savoyen.] Die Broschüre, welche der Maßregel hat ihre geheime Geschichte. Die Polizei, welche der Flugschrift den Eintritt in die Welt gestattet hat, soll dafür verant-

wortlich gemacht werden, und doch ist Niemand verantwortlich als der Kaiser selbst, der den Inhalt kannte, bevor er noch gedruckt war. Das Manuskript war vor vierzehn Tagen in den Tuilerien, und mehrere Tage später wurde es von dem Verfasser selbst dem Prinzen Napoleon zugeschickt. Als der Empfänger selbst den Kaiser davon unterrichtete, daß die Hand zum Schlag aufgehoben sei, zeigte dieser ihm das Manuskript, und wenige Tage nachher war es gedruckt, in Aler Händen. Jetzt ist der Brunnen zugedeckt und die auswärtigen Journale, die das Pamphlet reproduzieren, mögen sich den Weg über die Grenze sparen, denn es ist Befehl gegeben, sie zu lastriften. Die Schrift ist mehr als ein literarisches Ereignis, mehr als eine Partei-Manifestation, sie ist eine politische That, vielleicht der Vorläufer einer Katastrophe. Man weiß nicht ohne Absicht, aber auch nicht ohne Ursache auf die Intimität des Herzogs von Almalo mit der königlichen Familie von Großbritannien hin und sieht in dem Erscheinen des Libells die zweite Kundgebung persönlicher Antipathien des britischen Hofes gegen die Bonaparte's, nachdem man die offizielle Anwesenheit der Orleans bei der Bestattung der Herzogin von Kent als die erste betrachtet hat. — Die letzten Handelsberichte aus Savoyen lauten trübend. "Die Annexion", schreibt man aus Chambéry, "hat uns Präfekten, Gendarmen und Steuern gebracht, aber nicht um unsern Wohlstand zu heben, nein um ihn zu vernichten. Wir leiden schmerhaft unter dem Druck einer Handelskrise, die unsern Bergen und Thälern bisher fremd gewesen ist. Alle Industrien liegen brach, der große Handel und der kleine, Alles leidet unter demselben Druck. Haßtinen und Geschäftseinstellungen sind an der Tagesordnung. Die Arbeiter sind unbeschäftigt, und wenngleich die Regierung öffentliche Arbeiten von großer Ausdehnung defektiert hat, so sagt sich doch Federmann, daß die annexionistische Pille nur vergoldet werden soll. Die Komtoirs der Savoyischen Bank in Chambéry sowohl wie in den Sektoren lehnen noch immer alle Diskonturungen ab; zwei der Sektoren befinden sich seit Monaten in Paris, um die Entscheidung durchzusehen, ob die Bank für sich fortbestehen oder in den Organismus der Banque de France eintreten soll. Die Klagen sind so allgemein, daß selbst die dem neuen Regime Weihrauch streuende "Gazette de Savoie" der herrschenden Stimmung etwas schuldig zu sein glaubt. Sie stimmt in das Klagelied ein und ermahnt die Regierung, diesem traurigen Zustande endlich ein Ende zu machen. Allein das Uebel liegt tiefer, die Regierung wird ihm bei dem besten Willen vor der Hand nicht bekommen können. Das Leid hat seinen Grund in dem Mangel an Vertrauen, in der entschiedenen und unverhohlenen Abneigung, die Savoyen gegen das Annexionsystem und alle seine Konsequenzen empfindet. Es giebt nur ein Mittel, dieses Uebel zu heilen, doch dazu wird sich die Regierung nicht verstehen, es ist die Aufhebung des Vertrages vom 24. März." (B.H.)

[Eine Broschüre über Schleswig-Holstein.] In der französischen Presse sind wieder einige Resultate dänischer Betriebsamkeit aufgetaucht. In Paris ist eine Broschüre erschienen: Der Schlüssel zur Frage der Herzogthümer Schleswig und Holstein, von Chopin, die ebenfalls der unermüdliche dänische Generalkonsul Delong veranlaßt haben soll. Es sind die gewöhnlichen Anklagen über den Ergeiz Preußens, sein Streben, eine Seemacht zu werden, den Kieler Hafen zu gewinnen. Nur bestrebt sich die Broschüre, zugleich die holsteinische Sache zu einer europäischen Angelegenheit zu machen. Neben anderen Mitteln wirken die Dänen unter den französischen Journalisten durch Austheilung von Orden. In der Redaktion der "Patrie" allein befinden sich drei Personen im Besitz des Dannebrog-Ordens.

[Tagesbericht.] Ein kaiserliches Dekret vom 6. d. verfügt, daß der Kanal der Steinlohlengruben der Sarre und der Zweikanal von der Rhone nach dem Rheine bei Kolmar als gemeinnützige Werke in Angriff zu nehmen seien. Zu den auf 14 Millionen veranschlagten Kosten haben Industrielle des Elsaß und die Stadt Kolmar 11,800,000 Fr. dem Staate vorzuschreiben sich bereit erklärt. — Der gesetzgebende Körper hat gestern in geheimem Komitee summarische Beratung über die Gesetz-Borlagen gehalten, welche die Militär-Pensionen betreffen. — Der neue türkische General Bely Pascha ist hier eingetroffen. — Eine englische Compagnie hat Agenten nach Algerien geschickt, welche in der Provinz Oran zu Baumwoll-Plantagen taugliche Ländereien aussuchen sollen. — Der "Gazette de France" zufolge wird jetzt überall, kraft einer Staatsräths-Berfügung, auf den Hirtenbrief des Bischofs von Poitiers gefahndet. — Graf Cavour soll die Intervention des Kaiser's nachgesucht haben, damit der Papst Franz II. nicht länger in Rom lasse, das zum Herde aller anti-italienischen Intrigen auf neapolitanischem Boden geworden sei. Franz II. soll dagegen auf neapolitanischem Boden geworden sei, seine ständige Residenz in Rom aufzuschlagen. Alles dies drängt natürlich zu einer rascheren Lösung der römischen Frage. — Herr v. Mayer ist zum Berichterstatter über verschiedene Petitionen, welche dem Senate vorliegen, ernannt worden. Wie man versichert, wird er in Betreff der Petition zum Schutz der syrischen Christen auf Uebergehen zur Tagesordnung antragen. — Die "Question Romaine" von Abou, welche bisher verboten war, ist mit geringen Abänderungen und einer neuen Vorrede eröffnet. — Mr. D'Orsay, französischer Minister in Rom, ist auf einige Zeit nach Paris berufen worden. — Das Gericht ist heute hier verbreitet, daß der Kriegs-Minister an alle Divisionen-Generale ein Rundschreiben gerichtet habe, worin er die selben auffordere, ihre auf unbestimmten Urlaub abwesenden Militärs zu benachrichtigen, daß sie sich bereit halten sollen, zu ihren Regimentern zu stoßen. Dieselben werden, wie dieses auch vor dem italienischen Kriege der Fall war, wieder mit ihrem früheren Grade in die Armee eintreten. — Das Lager von Châlons ist bereits von einem Theile der für dasselbe bestimmten Truppen bezogen. Diese, welche unter dem Oberbefehl Mac Mahons stehen, werden nur kurze Zeit dort bleiben und dann nach dem Osten weiterrmarschiren, um der kaiserlichen Garde das Lager zu überlassen. Der Kaiser wird das Lager schon binnen Kurzem besuchen. Sein Lagermaterial ist bereits nach Châlons abgegangen. — Ein Katholik, Martin Doisy, hat eine Broschüre unter dem Titel: "Appel à un œcuménique Concile zur Lösung der römischen Frage" herausgegeben. — Der noch junge, unter dem Namen Paul d'Ivoi bekannte Schriftsteller ist gestorben. Sein eigentlicher Name war Charles Delentre. — Nach der deutschen Pariser Zeitung beachtigt man in Paris die Errichtung einer deutschen Oper. (Andere Pariser Blätter scheinen noch daran zu zweifeln. D. Red.)

Das Palais Bonne Nouvelle soll für diesen Zweck angekauft werden. Als den zukünftigen Direktor nennt man Marschner. — Ein in einem Hause des Faubourg St. Honors zu Paris zur Miete wohnender Privatmann kam vor Kurzem mit seiner Frau aus dem Theater heim und schellte an der verschlossenen Haustür einmal, zweimal, dreimal, ja, unter Assistenz mehrerer Polizei-Sergeanten eine ganze Stunde lang. Die Tür ward nicht geöffnet. Mann und Frau mußten schließlich in ein Gasthaus gehen und dort übernachten. Das Gericht, vor welches der Fall gebracht worden, hat nun entschieden, daß der Mietherr, da er das Recht habe, nach freiem Belieben zu jeder Tages- und Nachtzeit heinzukehren, falls ihm der Eintritt ins Haus verweigert werde, besiegelt sei, auf Kosten des Hausesgutthümers einen invaliden Soldaten als Privat-Portier anzustellen.

[Haltung des Clerus.] Der "N. P. Z." wird von hier geschrieben: Da die offizielle Tagespresse in den Départements behauptet hatte, daß der Kardinal Morlot, Erzbischof von Paris, den Clerus seiner Diözese zur größten Mäßigung aufgefordert habe, so erklärt der "Ami de la Religion", offenbar im Auftrage des Prälaten, daß dies nicht wahr sei. Es heißt in dem Artikel: "Der Clerus von Paris kennt die ganze Ausdehnung seiner Pflichten, und er erfüllt sie mit Gewissenhaftigkeit. Es ist daher nicht möglich, daß irgend ein Rundschreiben der Zivilbehörde seine Haltung ändern könnte." Aus dieser ziemlich lühnen Erklärung können sie schließen, daß der Episkopat weit entfernt ist, sich durch die Drohungen des Justizministers einschüchtern zu lassen. (Kardinal Morlot gilt für einen sehr bonapartistischen Prälaten.)

Schweiz.

Bern, 14. April. [Bewegungen.] Da das Militärdepartement von Waadt, wie der "Bund" meldet, trotz der wiederholten Einladung des eidgenössischen Militärdepartements keinen Offizier in die Park-Artillerie-Rekrutenschule nach Aarau geschickt hat, so sah sich der Bundesrat veranlaßt, der Regierung von Waadt eine Rüge zu Händen ihres jaunseligen Militärdepartements zu ertheilen unter abermaliger Auflösung, sofort einen Parkoffizier oder in Ermangelung eines solchen einen Artillerieoffizier nach Aarau zu senden. Bis zwei Tage vor dem Einrücken der Rekruten hatte das waadtländische Militärdepartement dem eidgenössischen Militärdepartement gar keinen Bericht, erheilt und erst im Moment der Eröffnung der Schule ließ es wissen, daß der für dieselbe bestimmte Offizier landesabwesend sei. — Die Stadt Konstanz weigert sich, ein ihr gehöriges, aber auf thurgauischem Boden liegendes Stück Land zum Bau eines eidgenössischen Zollhauses herzugeben. Der Bundesrat hat das Zolldepartement ermächtigt, daß in solchen Fällen nach schweizerischem Recht platzgreifende Verfahren einzuleiten, wosfern die Stadt Konstanz wirklich auf ihrer Weigerung beharren sollte.

Italien.

Turin, 14. April. [Militärische Vorbereiungen.] Dem "Pays" wird von hier geschrieben, daß in Oberitalien die disponiblen Truppen an drei Hauptpunkten zusammengezogen werden sollen: 1) am Mincio unter Lamarmora, 2) in Bologna unter Cialdini, 3) in Piacenza und Parma unter einem noch nicht ernannten Kommandanten. Weiter vermitteilt das "Pays", daß die "Costituzione" Vorbereitungen trifft, um im Adriatischen Meer zu kreuzen. Die "Indép." erweitert diese letzte Nachricht dahin, daß überhaupt die italienische Flotte in Ancona zusammengezogen werden und im Adriatischen Meer kreuzen soll. Die Gegner Italiens flagten den Grafen Cavour an, durch diese Demonstration der türkischen Blokadeerklärung antworten und den revolutionären Geist an der Küste Albaniens unterhalten zu wollen, indessen könnte mit demselben Rechte auch angenommen werden, daß die italienische Flotte gerade deshalb in jenen Gewässern kreuzen solle, um etwaige Expeditionen von italienischer Seite zu verhindern.

[Die Neorganisirung der Garibaldi'schen Armee; die Nationalbewaffnung; Oberst Roblant.] Das Dekret bezüglich der Neorganisirung der Garibaldi'schen Armee, das vom Könige unterzeichnet worden, enthält folgende Hauptbestimmungen: Die gedienten Offiziere bilden den Stamm der drei Divisionen; eine jede derselben wird aus zwei Brigaden Infanterie, zwei Jägerbataillonen, einer Batterie und einer Kompanie Gentile bestehen; die Generale dieser verschiedenen Divisionen werden einen Ausschuß bilden, werden dem Kriegsminister Vorschläge machen und dabei nur auf solche Offiziere Rücksicht nehmen, deren Grad bestätigt worden; die klassifizirten Offiziere sollen bis zur Einberufung in Disponibilität gesetzt werden, und die Regierung wird den Zeitpunkt und den Ort bestimmen, wann und wo die Aushebung zu geschehen habe; die Werbungen dürfen sich nur auf Leute erstrecken, welche schon gezogen haben; doch dürfen auch junge Leute unter 19 Jahren aufgenommen werden, falls dieselben nicht auf der regelmäßigen Aushebungsliste stehen. Auf Verlangen der Divisionäre kann den Offizieren, damit sie einem Lehrkursus beiwohnen, ein bestimmter Aufenthaltsort angewiesen werden. Der Einfluß Fanti's auf Abschaffung des Dekretes ist unverkennbar, und soviel ich höre, ist man damit im Lager der Garibaldianer nicht zufrieden. Man sieht daher mit Ungeduld der Ankunft des Generals Bixio (am 17.) entgegen. So wie die Sachen stehen und bei dem aufrichtigen Bemühen Cavaours, es mit Garibaldi nicht zu verderben, glaube ich nicht an ein längeres Verbleiben Fanti's im Ministerium. Eine andere Schwierigkeit wird die Verständigung wegen des von Garibaldi eingebrachten Gesetzesvorschlags über die Nationalbewaffnung bieten. General Fanti sowohl als einige andere Minister und auch eine große Anzahl von Parlamentsmitgliedern werden sich der Annahme des Vorschlags, wenn der selbe nicht umgearbeitet wird, widersetzen. Garibaldi will nämlich folgende Gesetzbestimmungen durchsetzen. 1) Zum Nationalgardienst sind alle Individuen von 18 — 55 Jahren verpflichtet. 2) Es gibt eine mobile und eine ständige Nationalgarde. 3) Die Mobilgarde besteht aus allen Individuen von 18 bis 35 Jahren, welche wie die regelmäßige Armee organisiert werden müssen, denselben Sold und denselben Unterricht zu erhalten haben. 4) Die ständige Nationalgarde bleibt bei ihrem Herde, doch muß sie regelmäßige Übungen anstellen, und in jeder Gemeinde soll ein Schießverein gebildet werden. 5) Der Minister des Innern bekommt einen Kredit von 30 Millionen auf das Budget von 1861 zugesprochen, um die nötigen Auslagen zu bestreiten.

Seines Vorschlags bereit finden werde; denn in dieser Gestalt ist, wie gesagt, an die Annahme desselben kaum zu denken. Wenn ich nicht irre, so sind bereits Unterhandlungen im Gange. Doch glaube ich, daß vor der Ankunft Bixio's nichts in dieser Frage entschieden werden dürfte. (S. oben Tel.) — Herr Bastoggi verhandelt eifrig mit mehreren hier anwesenden Bankiers; auch Herr Bischoffsheim aus Brüssel ist hier. Die Regierung verlangt, daß ein Theil des Anlehns der öffentlichen Zeichnung überlassen werde. So viel zu hören ist, sind die Unterhandlungen noch sehr weit gediehen. — Oberst Roblant geht nach Neapel in einer sehr vertrauten Mission an den Prinzen Cartigny. (R. 3.)

[Das Budget.] Nach einer Korrespondenz des "Journal des Débats" schließt das von dem Finanzminister Bastoggi vorgelegte Budget mit folgenden Zahlen ab: Ordentliche Ausgaben 492 Millionen, außerordentliche 135 Mill.; im Ganzen 627 Mill. Ausgaben. Ordentliche Einnahmen 343 Mill., außerordentliche 17 Mill.; im Ganzen 360 Mill. Einnahmen. Es stellt sich also ein Defizit von 267 Mill. heraus, und ganz abgesehen von außerordentlichen Ereignissen und Kriegseventualitäten ist eine Anleihe von 300 Mill. Fr. für das neue Königreich Italien unumgänglich nothwendig.

[Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.] Aus Rom, 13. April, wird telegraphirt: Der Jahrestag der Rückkehr des Papstes nach Rom wurde feierlich begangen. Die liberale Partei hat ihr Möglichstes, um diese Kundgebung zu verhindern, es gelang ihr aber nicht.

Neber die Entdeckung der Verschwörung berichtet die "Allg. Ztg." aus Neapel vom 7. April: "Vorgestern wurde der Regierung das Bestehen einer hier und in der Umgegend weit verzweigten Verschwörung verraten, die den Zweck hatte, die gegenwärtige Regierung zu stürzen und den König Franz auf den Thron von Neapel zurückzuführen. Der Herzog von Cagliari, der sofort verhaftet wurde, war es, welcher mit der Ausführung des Unternehmens beauftragt war. Der Plan der Verschworenen scheint, nach Allem, was man über diese Angelegenheit hört, gemessen zu sein, von Portici, Resina, Somma, und überhaupt von allen den nach jener Richtung zu liegenden Dörfern aus, mit einer dort zusammengerafften Masse von 8—10,000 Mann am Sonntag Morgens nach Neapel zu ziehen, und hier im Verein mit den Pazzaroni und Unzufriedenen, sowie auch mit den zu entlassenden Gefangenen die schwache sardinische Garnison, und nöthigenfalls die Nationalgarde über den Haufen zu rennen. Portici, Resina und die Dörfer haben sich schon seit längerer Zeit durch die der neuen Ordnung wenig günstige Gesinnung ihrer Bewohner ausgezeichnet, und es wäre gewiß nicht schwer gewesen, dort einige tausend Parteigänger für den König Franz zusammenzubringen. Waffen waren im Überfluss vorhanden, und viele alte Soldaten der neapolitanischen Armee erwarteten mit Ungeduld die Erlaubnis zum Losbruch des Aufstandes. Zusammenrottungen von Bauern und entlassenen Soldaten hatten schon vorgestern in jener Gegend stattgefunden, und der jedenfalls überraschende Anblick, den man sogar von einem Theil Neapels aus genießen konnte, vom Vesuv herab eine mächtige weiße Fahne weben zu sehen, hätte auch ohne den erfolgten Verrat die Regierung auf die sich dort vorbereitende Bewegung aufmerksam machen müssen. Erst gegen Abend, als Truppen von hier herangezogen waren, verhauptete die von einigen Hunderten von Parteigängern umringte Fahne der Bourbonen. Gestern früh wurden Abtheilungen der Nationalgarde und der Elite nach jenen Dörfern abgeschickt, die erst spät, meistens in Begleitung vieler Gefangenen, nach Neapel zurückkehrten. Es ist zwar von einigen Verwundungen die Rede, die bei diesen Expeditionen vorkamen, doch scheint es nicht zu einem ernstlichen Zusammenstoß gekommen zu sein. Der Verräther der ganzen Verschwörung ist angeblich so tief in dieselbe eingeweih, daß er im Stande war, der Regierung eine Liste sämtlicher Theilnehmer zu geben, nach welcher sofort zahlreiche Verhaftungen vorgenommen werden konnten. Unter den in der Stadt Verhafteten befinden sich nahe an fünfzig Geistliche, welche gestern, als man sie einzeln eingefangen hatte, um sie auf die Polizei und dann ins Gefängnis zu führen, vom Pöbel auf die rohste Weise insultiert wurden. Mit Einschluß der von der Umgegend eingebrachten Gefangenen sind gestern und vorgestern gewiß nicht weniger als zweihundert Verhaftungen vorgenommen worden."

Am 10. April war Neapel, wie man unter diesem Datum der "Allg. Ztg." schreibt, in fieberhafter Bewegung. Die Nationalgarde steht unter den Waffen, die Truppen sind konsignirt. Die Reaktion wird durch die Unthätigkeit der Regierung ermutigt, und erhebt drohend das Haupt. Gestern fand man Zettel durch die Stadt gestreut, worauf angekündigt wird, daß Franz II. Allen die vollste Verzeihung und eine sehr liberale Regierung verpricht. Der "Indipendente" vom 10. d. sagt, daß gestern in der Straße Santa Maria in Portico ein heftiger Streit in Betreff Garibaldi's und Franz' II. zwischen Männern und Weibern entstand. Eine royalistische Frau zog einen Dolch unter ihrem Kleide hervor und verwundete ein Garibaldianisches Weib und deren Tochter. Die Nationalgarde eilte herbei, und konnte sich erst nach großen Anstrengungen des wütenden Weibes bemächtigen. In einem Palast neben der Post wurde eine große Menge Waffen und Kriegsmunition gefunden. Die Verhaftungen von Reactionären dauern fort; man nennt unter denselben auch die Fürsten von Acquaviva und Monteroduni. Der Herzog della Regina und der Fürst von Montemiletto sind entflohen. Letzte Nacht wurden um Caserta, Nola, Pompejano d'Arco &c. mehr als 150 Reactionäre verhaftet und hierher gebracht.

Die Ankunft und sofortige Festnahme von vierzig Personen, welche aus Rom in Neapel am 12. April eingetroffen und bei denen man sehr kompromittirende Papiere vorgefunden hat, ist bereits telegraphisch angezeigt worden. Auch neue Waffenvorräte sind, nach Berichten aus Neapel vom 12., die am 16. in Marseille eintrafen, entdeckt, und die Polizei ist einer Sendung von 2000 Stück Gewehren auf der Spur, die, am Paesilippo ans Land gebracht, den Behörden angezeigt, doch bis dahin, 12. April, noch nicht ausgespürt wurde. Der Herzog von Cagliari, gegen den die gerichtliche Untersuchung in vollem Gange ist, sitzt in Sonderhaft.

Spanien.

Madrid, 14. April. [St. Domingo; der Herzog von Montpensier.] Oberst Riso ist von der Havannah mit

einer auf den Stand der Angelegenheiten in St. Domingo Bezug habenden Mission in Madrid angelkommen. — Aus Cadiz wird gemeldet: Herzog von Montpensier hat sich heute nach England eingeschifft.

Russland und Polen.

Warschau, 16. April. [Erneuerung; Gefallene.] Die "Polizeizeitung" meldet, daß durch Allerhöchsten Tagesbefehl vom 22. März der Major vom Revaler Inf. Reg. Bozarski, unter Beauftragung in der Infanterie der Armee, zum Vorstand (Naczelnik) der Warschauer Polizeiwache ernannt worden ist. — In der „H. B. H.“ werden die bisher bekannt gewordenen Namen der Getöteten und Verwundeten mitgetheilt. Es sind folgende darunter: Chrapowicki, Rubin, Rostkowsky, Wagner (ein Deutscher), Zwolinski, Szadkowski, Lantiewski, Dunin, Kulikowski, Febiszewski, Gloger (Deutscher) und Kowalewski.

Warschau, 17. April. [Neueste Nachrichten.] Unsere Ausnahmegesetz-Sammlung hat eine neue Bereicherung erhalten. Es ist berichtet, daß, wie alle Trauerzeichen, so auch die Trauerfarben in den Schaufenstern der Modewarenlager verboten wurden. Da das Gebot keinen Ertrag für die verpönten Waaren anbefahl, so glaubte man dem Gesetze und den Anforderungen der Gerechtigkeit zu genügen, wenn man die Leere der Schaufenster durch ein Rouleau jedem wachsamem Auge zu verhüllen suchte. Heute haben alle einschlagenden Handlungen den Befehl erhalten, hellfarbige Waaren in die Schaufenster zu legen. Wie wir hören, hat man die rothe Farbe beschlossen. Wir sind auf die weitere Entwicklung dieses Kampfes um politische Symbolik sehr gespannt. Die erste Reform unseres Schulwesens hat damit begonnen, daß vorläufig in den Mädchenschulen das Russische als obligatorischer Unterrichtsgegenstand abgeschafft worden ist. Hoffentlich wird das Russische bald aus allen Elementarschulen und den niederen Klassen höherer Lehranstalten ganz verwiesen werden. (?) Aus sicherer Quelle geht mir die Nachricht zu, daß bereits vor einigen Tagen von der fürstlichen Kanzlei ein Befehl an alle höheren Beamten ergangen ist, welcher diese auffordert, den Fleisch ihrer Subalternen zu überwachen, und die schwachen Geister d. h. die Unfähigen, zu entfernen. Ebenso möchten sie dahin wirken, daß der Bevölkerung Anhänglichkeit und Vertrauen zum Militär eingeflößt werde; andererseits sei auch dem Militär ein entsprechender Befehl zugegangen. Leider sehen wir die Folgen dieses letzten Befehles noch nicht, da Offiziere sich noch immer nicht scheuen, kleinliche Polizeidienste, wie das Wiegen resp. Verbrechen eines Stockes, Abreihen von harmlosen Trauerzeichen, zu vollziehen. In mehreren Gymnasien ist es gestern und heute vorgekommen, daß die Schüler die russische Lektion verlassen und die Stunde in der Kirche zugebracht haben, wo sie das bekannte Gebet um Erlösung des Vaterlandes sangen. Ein Gerücht, das aber noch der Bestätigung bedarf, verbreitet, der Erzbischof sei um seinen Rath befragt worden, wie man den zu großen Andrang in den Kirchen verhüten könnte; der hohe Geistliche hätte jedoch lakonisch auf die den Herrschenden zu Gebote stehende Militärmacht hingewiesen. Dass die Verhafteten vom 8. April und später, nach Modlin gebracht worden sind, wissen Sie. Die Untersuchungskommission soll bereits daselbst in voller Thätigkeit sein, doch ist von Befreiungen noch nichts zu hören. (Br. 3.)

Dänemark.

Kopenhagen, 16. April. [Die Rüstungen der Marine.] sagt die "Flyvepost", werden dieser Tage nach einem grossen Maßstabe und mit bedeutendem Nachdruck betrieben, und bei nahe scheint es, daß Alles, was seetüchtig ist, hinaus soll. So hat man nun angefangen, außer Fregatten und Korvetten ein Paar LinienSchiffe auszurüsten, und es ist Grund, anzunehmen, daß wenn es zur Execution kommen sollte, eine Blokade der deutschen Häfen sofort mit der gehörigen Stärke beginnen wird.

Türkei.

Konstantinopel, 3. April. [Schiffsunfall.] Das preußische Schiff "Seejungfer", Kapitän Marées, ist in der Nacht des 21. März, acht Meilen vor Galipoli, bei ruhiger stiller See und klarer Lust, so daß die aufgehängten Laternen allseitig sichtbar sein konnten, von dem französischen Messageriedampfer "Amerique" (nach anderen Berichten "Cydnus") in den Grund gesunken worden, so daß sich nur die Mannschaft der "Seejungfer" noch rasch mit dem Boote hat retten können. Der Kapitän Marées sprang aus dem Boote auf das Dampfschiff und rannte die Schiffsmannschaft in seinem wohl nicht unerklärlichen Born etwas derb an, so daß der französische Kapitän ihn ergreifen und in Ketten werfen ließ. Aus dem altemähigen Verhören geht hervor, daß Passagiere des Dampfschiffes das preußische Schiff gesehen und darauf aufmerksam gemacht haben, ohne daß die Mannschaft es beachtet. (R. 3.)

[Dilaver Bey.] Der in Albanien mit einem Kommando betraute Dilaver Bey ist ein geborner Deutscher, Hermann Gehler, der in Folge von Familienstreitigkeiten aus Preußen, wo seine Brüder ein großes Siedlungsgut besaßen, vor zehn Jahren ausgewandert, in die Türkei gegangen, und im Dienste der Pforte, trotz seiner beharrlichen Weigerung, Renegat zu werden, bis zum Obersten (Bey) avancirt ist.

[Türkische Gewaltthäufigkeiten.] Man schreibt dem "Wanderer" von der montenegrinischen Grenze, 6. April: "Ein Detachement von Nizam und Baschi-Bozufs griff am 5. den Stamm Banjani an und verübte große Verheerungen. Derwisch Pascha, der berühmte Militärlieutenant der Truppen in der Herzegowina, hat diese Truppen einzuschireien lassen, und es hätte zu noch ernsteren Feindseligkeiten kommen können, weil vom Stamm Banjani ein Theil zu Montenegro, der andere zur Herzegowina gehört. Die Türken haben über vierhundert Häuser der Christen verbrannt und zerstört in dem großen Dorfe Petrovici, und das alte griechisch-nichtunistre Rosirjevo, welches der verewigte montenegrinische Fürst Daniel restaurierte und mit Kleideren bekleidete, wurde ein Raub der Flammen. Die türkische Wut hatte keine Grenzen, denn sie zerstörte in dem Innern der Kirche und im Kloster Alles, was zerstörbar gewesen. Wie viel Menschenleben in den Flammen umgekommen, weiß man zur Stunde noch nicht, man vermisst viele Weiber, Kinder und Greise. Die Männer, wo es möglich war, flüchteten sich in die Berge und Felsen, weil ihnen die Montenegriner kein Obdach gewähren durften, um nicht durch ihre Menschlichkeit Urfache zu geben, daß es zu Feindseligkeiten zwischen Montenegro und der Türkei komme. Die strengen Befehle des Fürsten von Montenegro werden pünktlich vom Volke erfüllt, und die Montenegriner wenden Alles an, um Schwierigkeiten mit den Türken vorzubürgen und Ruhestörungen an den Grenzen zu verhindern. Jedoch ist es schwer, bei den immerwährenden Provokationen und Christenverfolgungen die Ruhe für weiter zu garantiren." (Nach anderen Berichten dagegen wären die Provokationen von den Montenegrinern ausgegangen.)

Konstantinopel, 6. April. [Omer Pascha], der ehe-

malige Serdar Ekrem oder Generalissimus, der, nach dem Krimmkriege in Ungnade als Generalgouverneur nach Bagdad geschickt und dann abermals in Ungnade von dort abberufen, seit einem Jahre Anfangs auf ein Tschiftlik (Gebösch) verbannt, dann zurückgezogen in Stambul gelebt hatte, ist seit den Ereignissen an der Grenze Montenegro's wieder der Mann des Tages geworden. Man fühlt es, daß ein Mann, der sich auf den Gebirgskrieg versteht, das türkische Heer in Bosnien und in der Herzegowina leiten muß, wo eine Bekanntschaft mit den Terrainkonfigurationen, der Sprache und den Sitten von unschätzbarem Werthe ist. War es ja auch Omer Pascha, welcher vor dem Krimmkriege an der Spitze eines imposanten türkischen Heeres stand, um die Montenegriner zu züchtigen und zur Ordnung zu bringen, als die Ankunft des Fürsten von Leiningen und die Drohungen Destreichs plötzlich den Feldzug zu Wasser werden ließen. (R. 3.)

Amerika.

New York, 30. März. [Maahregeln gegen den Süden; Deserteure; San Domingo.] Berichten aus Washington in der Newyorker Post aufscheit, alle aus den südlichen Häfen kommenden Waaren, wenn sie nicht vorchristsmäßig verzollt werden, zu konfiszieren. Diese beiden Mittheilungen stehen mit allen anderen Maahregeln des Kabinetts so sehr in Widerspruch, daß es ratsam sein wird, ihre Richtigkeit vorerst zu bezweifeln. — Unter den in Washington stehenden Truppen sollen im letzten Zeit viel Deserteure nach dem Süden vorgekommen sein. — Aus der Havannah schreibt man vom 25. v. M.: Hier herrscht von wegen der Annoion San Domingo's in Spanien grohe Aufregung. Planmäßig scheinen seit langer Zeit Einwanderer nach der Insel geschickt worden zu sein, die später auf Befehl die spanischen Farben aufzuführen sollten. Das geschah nun wirklich am 16., zum nicht geringen Erstaunen der Einwohner. So wie die große Neugkeit die Havannah erreichte, wurde die Fregatte "Bianca" nach San Domingo geschickt, und zwei andere Fregatten mit 5000 Mann an Bord sollen ihr folgen. Auch sonst befindet sich, wie es heißt, ein starkes Geschwader auf dem Weg von Spanien nach Kuba, und schon spricht man davon, daß Hayti, mit Genehmigung Frankreichs, das Schicksal San Domingo's ehestens teilen werde.

New York, 1. April. [Arkansas; fremde Einflüsse; Handelspolitisches.] Ein günstiges Ereigniß ist, daß die Konvention von Arkansas sich für das Verbleiben bei der Union entschieden hat, da dieser Staat an die Staaten der südlichen Konföderation grenzt. — Man spricht immer wieder davon, daß die abgesetzten Staaten nicht ohne Einwirkung Frankreichs den verhängnisvollen Schritt gethan hätten. Ferner nimmt man auch darauf Beziehung, daß der Gouverneur Pickens von Süd-Karolina früher Gefandter am russischen Hofe war und daß er mit dem russischen Gesandten Baron v. Stöckel in gutem Einvernehmen steht. — Die "Elb. Ztg." veröffentlicht Briefe eines seit 12 Jahren in Texas wohnenden Preußen (Dr. Bracht), welcher den Deutschen die Augen eröffnen will darüber, was das Interesse der deutschen Industrie bezüglich der abgesetzten Staaten betrifft. Er sagt unter Anderem:

Es ist klar, daß der Norden uns der Konkurrent, der Süden dagegen der beste Konkurrent für europäische Industriegerüste ist und seiner Natur nach einstweilen bleiben muß. Da der Europäer jetzt mit dem Norden für die südlichen Staaten frei Konkurrenz hat, da der Süden die Schutzzölle zum großen Theil schon abgeschafft hat und bald ein vollständiges Freihandelsystem einführen wird, so erhofft sich damit einer der reichsten Märkte in der Welt. Die Produktion von 4,000,000 Ballen Baumwolle ist genügend Bürgschaft, daß dies eine Wahrheit ist, wenn ein Finanzmann noch eines solchen Nachweises bedürfen sollte. Bald wird, wie auch die Londoner "Times" schon vor einigen Wochen ausprach, der Süden die Vereinigten Staaten an Macht und Bedeutung und der Norden für Europa namentlich von sehr untergeordneter Bedeutung sein. Es läßt sich wie ein einfaches Rechenexample beweisen, daß der Süden im mindesten Fälle 30,000,000 Dollars jährlich an barem Gelde an den Norden verlor, wovon niemals etwas zurückföhrt und dessen regelmäßiger Verlust natürlich nichts dazu bringt, den Fortschritt in Kanälen, Eisenbahnen u. s. w. zu fördern, welche der Norden tatsächlich zum großen Theil der Slavenarbeit des Südens verdauet. Wenn einmal die Interessen zweier Landesheile so diametral entgegengesetzt sind, wie die des Handels, Schiffsahrt und Gewerbe treibenden Nordens und des rein akerbauenden Südens, so kann unmöglich dasselbe Steuergesetz für beide gerecht werden, es ist überhaupt besser, daß alsdann die Verbindung sich löse und jeder Theil seinen eigenen Weg gehe. Läßt der Norden dem Süden sein konstitutionelles Recht des Austritts ungeschmälert, so mag ein günstiger Handelsvertrag an die Stelle des Bundes treten; sollte der Norden die Waffen ergreifen, so wird er erbärmliche Hiebe bekommen und noch nicht gar zu langer Zeit wird das Gras Zeit zum Wachsen in mancher jetzt sehr frequenten Straße nördlicher Städte haben. Wenn der Süden einmal die Zeit des Krieges überstanden hat, wird Wohlstand und politische Größe in stärkerem Maasse hier wachsen, wie es jemals im Norden mit den bevorzugtesten Lokalitäten der Fall gewesen.

[Ein Hundekampf.] Der "Newyork Herald" berichtet über einen internationalen Hundekampf zwischen "Rosie" aus Brooklyn in Amerika und "Bez" aus Liverpool in England. Beide Hunde sind in beiden Hemisphären als mächtige Helden berühmt, und Bez wurde zu diesem Kampfspiel, auf das in England, Kalifornien und Neugeland an 10,000 Doll. Wetten satz standen, eigens über das Weltmeer gebracht. Das Schauspiel fand in einem Hause in Newyork statt, in einem Saal, dessen Raum von 16 Fuß Länge und 12 Fuß Breite war. Damit kein Geräusch bis auf die Straße dringen und die Polizei anziehen könne, hatte man Thüren und Fenster verhangen und verstopft, und in dem fast luftdicht geschlossenen Raum saßen auf amphitheatralisch um das Parterre aufsteigenden Bänken über 1000 Personen, deren jede $\frac{1}{2}$ Dollar Entree gezahlt hatte. Rüben konnte sich kein Zuschauer, und geahmet wurde nur mit Notz. Unter den Präliminarien des Kampfes waren folgende die interessantesten. Bez, sagt der Bericht, ist ein kleiner Bulldogshund mit weißem Leib, schwarzen Ohren u. s. w. Seine Schönheit als Kampfhund entlockte den Zuschauern einstimige Rufe der Bewunderung und des Entzückens. (Der Körper wird dann so genau, wie einst in der "Times" der Leib Mr. Heenans geschildert.) Nachdem er von Jim McLaughlin, dem Erzieher Rosies, gewaschen worden, wurde er "gelöst", d. h. McLaughlin bekleidete den Hund mit der Zunge, um sich zu überzeugen, daß man ihn nicht mit einer schädlichen Substanz bestrich, um den Gegner während des Herumbezugs zu vergiften. Dieselbe Operation nahm dann der Arbeiter von Bez mit Rosie vor. Der Kampf dauerte zwischen 35 und 40 Minuten und endete mit dem glänzenden Triumph des Großbritanniers, des tapfern Bez aus Liverpool.

New York, 4. April. [Neueste Nachrichten.] Die Forts Ken West und Tortugas haben Verstärkungen erhalten. — Das Heer des Südens erhält fortwährend Zugang von Waffen. Fort Sumter steht auf dem Punkte, geräumt zu werden. — Aus Charleston sind zwei Beamte in Washington angekommen und werden heute eine Befreiung mit den Ministern haben. Die nach Europa bestimmten Kommissare des Südens haben sich am 31. März zu Neworleans eingefügt. Auf den Schiffswracks herrscht grohe Thätigkeit. — Der Sekretär des Schatzamtes nimmt ein Angebot für die neue Anleihe unter 94 an. — In Rio de Janeiro soll das gelbe Fieber grassieren. — Die auf Hayti erscheinenden Blätter veröffentlichen eine Proklamation gegen den Angriker Spaniens und erläutern, daß das Land nur durch eine Revolution zu retten sei.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Die Geschäftsordnungs-Kommission des Hauses der Abgeordneten hat über den Niegolewski'schen Antrag in Bezug auf die Territorialseinheit der Theile des ehemaligen Polen und die darauf basirten Rechtsforderungen einfache Tagesordnung beantragt, weil sie denselben für unzulässig hält. Nach der Geschäftsordnung des Hauses wird über einen Antrag auf einfache Tagesordnung nur ein Redner für und ein Redner gegen denselben gehört.

Die Militärmmission des Abgeordnetenhauses hat ihre Verhandlungen über die eventuelle Gestaltung des Militäretats geschlossen. Es sind im Ganzen abgesetzt: Bei Tit. II. 1) Höhere Truppenbefehlshaber: 1 Div. Komman-

deur der Garde-Kavallerie 2708 Thlr. Tit. III. 1) a. Löhnung der Truppen; für die frühere Entlassung der Infanterie 237,167 Thlr. Regiments-Kommandeur 350 Thlr. Stabssoffiziere der Landwehr 9700 Thlr. Adjutant der Garde-Kavallerie-Division 650 Thlr. Traininspektion 1708 Thlr. Trainbaillone 60,812 Thlr., zusammen 310,402 Thlr. Tit. III. 2) Naturalversorgung. Ordinarium: Rationen beim Stab der Garde-Kavallerie-Division 490 Thlr. Rationen von 2 Hauppleuten pr. Bataillon 24,440 Thlr. bei der Infanterie 114,948 Thlr. bei der Traininspektion und Bataillon 62,436 Thlr. zusammen 202,314 Thlr. Beim Extraordinarium: für die Infanterie 26,667 Thlr. beim Train 2308 Thlr. zusammen 28,975 Thlr. Tit. III. 3) Beliebung. Für die Infanterie 53,630 Thlr. für den Train 10,974 Thlr. Extraordin. für die Erprobbaillone und für Landwehrbaillone 565,977 Thlr. zusammen 630,581 Thlr. Tit. III. 4) Traindepots. Für Train 2439 Thlr. Tit. III. 5) Serviswesen. Div. Komm. der Garde-Kavallerie 497 Thlr. Infanterie 35,900 Thlr. Landwehr 5832 Thlr. Train 14,244 Thlr. zusammen 56,473 Thlr. Tit. III. 5) Extraordin. Zu Kasernenbauten 150,000 Thlr. Tit. III. 6) Krankenpflege. Infanterie 31,611 Thlr. Train 273 Thlr. Tit. IV. 1) Erziehungswesen. Für die Kadettenanstalt zu Weissenfels 62,600 Thlr. Im Ganzen 1,560,837 Thlr. Da die Mehrkosten der Verstärkung der Armee für das erste Semester 1861 bereits durch die Bewilligung des außerordentlichen Kredits von 9 Millionen Thlr. gedeckt sind, so beziehen sich diese Abschreibungen überhaupt nur auf das zweite Semester. Die Kosten der Verstärkung der Armee für das zweite Semester 1861 betragen nach dem Stat im Ordinarium und Extraordinarium 4,879,525 Thlr. Es sollen davon abgezogen werden 1,560,837 Thlr. Es bleiben noch zu bewilligen 3,318,688 Thlr.

— Der Antrag des Abg. Harcourt und 32 Genossen, betreffend die Auswanderung nach Brasilien, lautet: Das Haus wolle beschließen, das Ministerium aufzufordern, mit dem deutschen Bunde ein Verbot der Auswanderung nach Brasilien zu vereinbaren, bis dahin, wo die Kaiserl. brasilianische Regierung sich bewegen findet, zu Gunsten der deutschen Einwanderer folgende Maahregeln auszuführen: 1) der gelegebenden Versammlung ein Gesetz vorzulegen, welches die protestantischen und gemischten Chen für gelegentlich gültig erklärt und nicht wie bisher als Konkubinat betrachtet; 2) daß die Regierung die Gesellschaft für Kolonisation auflöse und letztere selbst in die Hand nehme, ferner die Porceria-Verträge ungültig erkläre und für alle Zukunft verbiete; 3) ein Gesetz durchführen, welches das Jurisdiktionsrecht in Nachlaßfischen an die preußischen Consuln überweise, gleich wie die Franzosen solches besitzen; 4) ein Gesetz, welches den Protestanten gleiche Unterstützung für Kirchenbau, Pfarren und Schulen zusichert, als wir die Katholiken. — In den Motiven ist mit den Worten der Niederträchtigkeiten gedacht, welche bereits im Laufe des vorigen Sommers zur Kenntniß gebracht sind. Die Antragsteller bringen sechs Deutsche an den Pranger: Steinmann in Antwerpen, Dr. Schmidt in Hamburg, Lexter in Frankfurt, Herzog ebendaselbst, Wirsching in Mannheim und Genossen, Giebert. Preußen soll diesem infamen Menschenhandel wehren, gegenüber wäre unsere Ehre gerettet.

— Ein Antrag des Abg. Harcourt ist unterstützt von 50 Mitgliedern der Fraktion Vincke und lautet: Das Haus wolle beschließen, dem nachstehenden Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung von Pensionsklassen für die Wittwen und Waisen der Elementarlehrer aller Konfessionen, die Genehmigung zu erteilen. Der Entwurf besteht aus 9 Paragraphen und ist wie folgt motiviert: Das seit Jahren verheizene, dem Art. 20 der Verfassung entsprechende allgemeine Schulgesetz ist abermals auf unbestimmte Zeit vertagt. Das Pensionsgesetz für die Elementarlehrer erscheint ebenfalls nicht, da es mit dem Schulgesetz ein un trennbares Ganzes bilden soll. Dagegen steht die Verborgung der Wittwen und Waisen nicht damit in direkter Verbindung und können desfalls Befreiungen besonders erlassen werden. In allen Provinzen ist die Lehrervertretung in großer Mithaltung, durch die unverändert gebliebene gedrückte Lage in der freudigen Berufstätigkeit gehemmt; es ist deshalb dringend nothwendig, daß ein Zeichen wohlwollender Hülfe gegeben werde. Die Staatsmittel sind in dieser Vorlage nicht in Anspruch genommen, die Initiative kann deshalb von Seiten des Hauses ohne Anstoß ergriffen werden. Nach dem Entwurf soll eine solche Pensionsklasse in jedem Regierungsbezirk errichtet werden (S. 1), deren Verwaltung bei der Regierung verbleibt, zu deren Kuratoren aus der Zahl und durch die Mitglieder der Anstalt aber durch 3 die Regierung zu bestätigende Vertreter gewählt werden (S. 2). Die Einnahmen sollen aus Zinsen von bereits vorhandenen Kapitalen, von Vermögensstücken und Geschenken, jährlichen Zinsen aus Zuschüssen der Staatsfasse, aus Beiträgen der Lehrer und Gemeinden bestehen (S. 3). Jeder Lehrer zahlt 4 Thlr. Eintrittsgeld und dann 3 Thlr. jährlich. Die Schulgemeinde zahlt für jeden Lehrer einen jährlichen Beitrag von 3 Thlr. (S. 4). Nur die Zinsen der erhaltenen Kapitalien kommen zur Verwendung (S. 5). Die Pensionen betragen mindestens 20 Thlr. (S. 6). Die Pensionen werden den Wittwen bis zu ihrer Wiederverheirathung oder bis zum Tode gezahlt, je zur Hälfte mit den ehelichen Kindern bis zum zurückgelegten 14. Jahre. Die Auszahlung geschieht halbjährlich. Arrestierung durch Gläubiger ist unstatthaft (S. 7). Emeritierte Lehrer haben ihren Beitrag (S. 4) nur so lange zu entrichten, als wie sie pensionsberechtigte Frauen und Kinder haben (S. 8).

— Abg. Dr. Weit stattet Namens der verstärkten Kommission für Handel und Gewerbe Bericht ab über den Gesetzentwurf, die Errichtung gewerblicher Anlagen betreffend. Die hier behandelte Materie ist so in sich abgeschlossen, daß sie aus dem System der kodifizirten Gewerbeordnung herausgenommen und für sich abgesondert einer Umformung im Wege der Gesetzgebung unterworfen werden kann. Die Kommission erkennt das Bedürfnis zur Abänderung der bestehenden Bestimmungen an und berichtet im Allgemeinen die Frage: Ist es statthaft, das ganze in §. 29 und ff. der Gewerbeordnung vor geschriebene Editalverfahren fallen zu lassen und die Errichtung gewerblicher Anlagen lediglich von der Genehmigung der Behörden abhängig zu machen?

Die Regierung hat bekanntlich dahin sich ausgesprochen, daß dasselbe nur in einfachen und abzufügenden, keineswegs aber ganz aufzugeben. — Bei der Berathung über die einzelnen Paragraphen schlägt die Kommission vor, in §. 1 unter den neu hinzutretenden Anlagen, welche einer besondern polizeilichen Genehmigung bedürfen, die Dachpappenfabriken nicht aufzunehmen, weil sie gefährlichen Merkmale, welche die Regierung bei diesen Fabriken angibt, nicht in höherem Grade vorhanden sind, als bei manchen konzessionsfreien Anlagen. Die Regierung hat bekanntlich dahin sich ausgesprochen, daß dasselbe nur in einfachen und abzufügenden, keineswegs aber ganz aufzugeben. — Bei den Anlagen, welche die Regierung in dem Verzeichniß der sonstigen Pflichten aufführt, befinden sich auch 1) die Eichorienbriefe; da sie aber nur deshalb in dem Verzeichniß aufgenommen haben, weil sie Eichordnungen sind, so hält die Kommission die Streichung derselben für angemessen. Aus demselben Grunde wie auch die übrigen Darren von der Konzessionspflicht befreit sind. 2) Blaufärberei; die Kommission beantragt die Streich

